

Dr. Günter Briese  
Stubenrauchstr.71  
15732 Eichwalde.  
Tel.:0173.6447603  
drgbriese@gmail.com

den 28.Mai 2019  
Az.: Io + EG

MÄRKISCHE ALLGEMEINE

- Redaktion -

Redakteur Brandenburg/Wirtschaft

Herrn Torsten Gellner

Friedrich-Engels-Str.24

14473 P o t s d a m

Über Internet [www.MAZ-online.de](http://www.MAZ-online.de) versandt

Kurzbeitrags-Angebot

"Wie geht es weiter ? Fragen zum Wahlergebnis "

Sehr geehrter Herr Gellner,

anbei erhalten Sie morgen. Kurzbeitrag mit der Bitte um baldige Veröffentlichung.

Als Hintergrundinformationen hierzu geht Ihnen ferner anliegend unsere detailliertere Presse-Information "70 Jahre Grundgesetz ! Anlaß zum Rückblick, wie 'Menschenwürde - unantastbar ? ...'"

zu, welche als relevant zum Wahlausgang in Brandenburg und Berlin eingeschätzt wird.

Die Unterschiedlichkeit der Wahlentscheidungen in neuen und alten Bundesländern ist auch mental bedingt, resultierend aus unterschiedlichen Erfahrungen, auch nach der "Wende", i.Vbdg. mit Unwissenheit zur letzten Etappe der deutschen Geschichte.

Mit freundlichen Grüßen



- Dr.G.Briese -

2 A n l a g e n

Wie geht es weiter ? Fragen zum Wahlergebnis

- zu MAZ-Meldungen am 27. und 28.Mai 2019 -

Traditionelle Regel Nummer eins und das größte Manko der parlamentarischen Demokratie aus der Sicht der Volksparteien unter Berücksichtigung des Künast-Vorstoßes waren offensichtlich folgende :

Man darf frei reden wie die Parteiführung, den Loyalität ist geboten, und Einigkeit macht stark, und Konzerne wie VW dürfen auch Lobby-Gesetzes-Vorlagen und Wahlkampf-Gelder spenden, dürfen aber leider nicht an den Wahlen teilnehmen !

Ändert sich das nun alles nach dem aktuellen Wahlergebnis ?


Dr.G.Briese, Eichwalde

-----  
Autor: Dr.Günter Briese, Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde

Tel.: 0173.6447603,

Mail : drgbriese@gmail.com

Eichwalde, am 28.Mai 2019

  
- Dr.Günter Briese -

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT  
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,  
c./o. Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde,  
in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM  
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIEßSER SCHULZENDORF ( IGAS )

Eichwalde, am 27.Mai 2019  
Az.: Io + EG

## P R E S S E - M I T T E I L U N G

70 Jahre Grundgesetz ! Anlaß zum Rückblick, wie  
"Menschenwürde - unantastbar ? "  
- zu "Deutschlands Regel Nummer eins", MAZ 18./19.Mai 2019, S.1 -

Der Parlamentarische Rat hat 1949 das Grundgesetz beschlossen, und  
gleich der erste Artikel desselben ist, wirklich in seiner Kürze ,radi-  
kal und von bewundernswerter Klarheit: Abs.1 desselben lautet :

"Die Würde des Menschen ist unantastbar !"

Und Art.1 Abs.3 bewirkt gleich noch die Unantastbarkeit dieser Bestim-  
mung durch die Festlegung

"Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung,  
vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar  
geltendes Recht",

welches nicht einmal mehr durch eine Zweidrittelmehrheit beseitigt wer-  
den könnte !

Grund zum Feiern ?

Ja und nein , ja wegen der juristischen und menschlichen Klarheit der  
Bestimmungen; nein wegen ihrer Ignorierung in Zeiten des Finanzlibera-  
lismus, dessen Ende die letzte Welt-Finanz-und -Wirtschaftskrise eigent-  
lich längst eingeleitet haben müßte. Hat sie aber nicht.

Im Jahre 2006 gab es bereits mehr als eine Viertelmillion Wohnungslose  
in Deutschland; bereits viel zu viel in einem reichen Land wegen fehlender  
Sozialwohnungen, denn Wohnungslosen geht ihre Würde meist gleich  
mit ihrer Wohnung verloren.

2016 waren bereits 422000 Staatsbürger wohnungslos, und hierzu kamen noch  
mal 436000 wohnungslose Flüchtlinge.

2018 soll die Gesamtzahl Wohnungsloser bereits bei über 1 200 000 gele-  
gen haben; Quelle : ASB MAGAZIN 1/2018. Und diese Zahl dürfte aufgrund  
rasant steigender Bodenpreise und Mieten noch steigen, denn Spekulanten  
drängen massiv in den "Wohnungsmarkt" als sichere Geldanlage. Dies auch

deshalb, weil der "Mietpreisbremse" staatlich nicht genug Durchschlagkraft durch Sanktionen verliehen wurde.

Das Grundgesetz ist hervorragend formuliert. Aber was nutzt das beste Gesetz, wenn der Staat nicht seine Umsetzung und Einhaltung garantiert, wenn Bundesbürger dadurch zu Konkurrenten von Flüchtlingen auf dem "Wohnungsmarkt" gemacht werden? Dies gefährdet die innere Ordnung und Sicherheit, weil dadurch Ressentiments gegen "Fremde" geschürt werden und widerspricht dem Grundgesetz, das nur "Menschen" kennt.

Der Staat muß deshalb bedeutend mehr Mittel für die Sozialpolitik bereitstellen, denn er kann auf Dauer die Daseinsvorsorge nicht allein den Ehrenamtlern in Wärmestuben und Tafeln überlassen, weil diese schon jetzt vielfach überfordert sind und die Sozialverbände dies schon seit langem beklagen.

Ist nun der Verstoß gegen Art. 1 GG "nur" ein bedauerlicher Ausnahmefall? Dies muß leider verneint werden!

Allein zum BER-Projekt wurde bereits jahrelang Grundrecht gebrochen, wie Art. 2 GG zum Erhalt von Leben und Gesundheit,

- die Art. 25 und 83 GG gemäß der Verletzung übergeordneten Rechts und
- Art. 84 GG gemäß dem Nichteinschreiten des Bundes dagegen, wie unserer Internetseite <http://berlin-brandenburg-21.de> unschwer entnehmbar ist,
- und auch Petitionen hierzu mit Hinweisen gem. Art. 17 GG änderten daran nicht das Geringste!
- Und das gilt auch für die diesbezüglich relevante Amtshaftung gemäß Art. 34 GG!

- Und der Grundgehalt der Art. 10 und 13 GG ist in Zeiten des Terrors ebenfalls schon "angeknabbert" worden - Sicherheit gegen Freiheit!
- Und Art. 5 GG zur Freiheit der Meinungsäußerung und Kunst?

Da für viele Altbundesbürger das DDR-Fernsehen ein Tabu war, anders als das "Westfernsehen" für Ex-DDR-Bürger, drohte zur "Wendezeit" 1989/90 "DDR-Kunst" obsolet zu werden (vgl. MAZ 29. Mai 2019, S. 10), weil sie als "DDR-staatsnah" angesehen wurde, obwohl selbst so hervorragende Künstler wie Prof. Wolfgang Mattheuer durchaus so kritische Werke wie "Freundlicher Besuch im Braunkohlenrevier", in welchem der große Abstand zwischen Funktionären und Arbeitern verdeutlicht wurde, und "Was nun?", welches de facto das Ende der DDR vorwegnahm, schufen!

Eine Verfassungsdiskussion hätte solche Mißverständnisse ausschließen können, denn auch die Wissenschaft war ja betroffen !

Denn daß in einer staatlichen Planwirtschaft als Auftraggeber für Werke der Kunst wie der Wissenschaft oftmals der Staat als Auftraggeber tätig wurde, dürfte jedem denkenden Menschen klar sein.

Was die Auftragnehmer daraus machten, war ihnen in dem möglichen Rahmen überlassen - und das war keineswegs stets komplett "linientreu", denn wissenschaftliche Arbeit besaß in einem rohstoffarmen Land wie der DDR einen hohen Stellenwert.

Da z.B. die Humboldt-Universität großes Interesse an meiner wirtschaftsrelevanten forschungsmethodologischen Promotionsschrift hatte, wurde mir sogar die sonst stets obligatorische Teilnahme am "M-L-Doktorenden-Seminar" erlassen, wobei "M-L" für Marxismus-Leninismus steht. Es hat den mutigen Verantwortlichen nach der "Wende" sicherlich doch nichts genützt.

Unabhängig von der DDR-Wirklichkeit galten eben zunächst alle vom DDR-Staat als Auftraggeber initiierte Arbeiten als staatsnah - aber wir wurden damals als wissenschaftlich tätige Bürger wahrgenommen, trotz kritischer Einstellung, wie aus meiner Vita eindeutig hervorgeht.

Aktuell bemühen wir uns als Gruppierung, in welcher in beiden ehemaligen deutschen Staaten sozialisierte Bürger vertrauensvoll zusammenarbeiten, nun bereits ca. 22 Jahre (!) beim BER-Projekt und ca. 8 Jahre (!) beim Altanschließerproblem vergeblich um Anhörung und Anerkennung unserer begründeten Rechtsauffassungen durch die Politik.

Auch dies ist Verfassungswirklichkeit - trotz allem Grund zum Feiern !

Und Art.21 GG ? Die Rolle der Parteien könnte nach der Alternativlosigkeits-Diskussionsverweigerung nach diesen Wahlen endlich grundgesetzeskonform werden ! Denn die Parteien sollen ja gem. Art.21 Abs.1 GG nur an "der politischen Willensbildung des Volkes" mitwirken, aber diese nicht unverrückbar vorgeben !

Gerade dies praktizierten aber sowohl die rot-rot-grüne Berliner Regierungskoalition rechtswidrig nach dem Volksentscheid zur Offenhaltung des Flughafens Tegel TXL als auch die rot-rote Brandenburger Regierungskoalition zum von der Legislative angenommenen Volksbegehren zum Nachtflugverbot in Schönefeld - nicht anders, als die GroKo in Berlin vielfach gemäß der Kanzler-Richtlinienkompetenz ! Sie wirkten nicht an der "Meinungsbildung des Volkes mit", sondern ignorierten diese selbstherrlich

noch nach bereits abgeschlossener Meinungsbildung der Bürger - im Widerspruch zum GG unter Anführung untergeordneten Landesrechts in Form von Landesentwicklungsplänen (LEP) als nicht juristisch tragfähige Begründung, und dies noch trotz meinerseits erfolgter Anführung dieses Mangels im 1. juristischen RA-Streitgespräch zur Offenhaltung Tegels TXL im Berliner Abgeordnetenhaus !

So sieht also die aktuelle Verfassungswirklichkeit in Deutschland aus, so, als gäbe es gar kein Grundgesetz als Verfassung ! Umso stärker sind wir aber bemüht, derartige unhaltbare Verfahrensweisen der Öffentlichkeit über das Internet bekanntzumachen und unsere Leserschaft über Parteigrenzen hinaus zu vergrößern, denn die Respektierung unseres Grundgesetzes müßte ja allen Bürgern und Parteien am Herzen liegen !

Und was sagt uns diesbezüglich das Ergebnis der gestrigen Wahlen ? Im MAZ-Kommentar heißt es dazu : "Union und SPD verlieren, die Demokratie gewinnt !" - sicherlich ein Hinweis auf die mehrfache bundestagspräsidiale Anmahnung von mehr Diskussionskultur, die sich nun sicherlich ergeben wird ! Stoff dazu gibt es ja genug aufgrund des generellen Bekenntnisses der bisherigen Volksparteien zum demokratischen sozialen Rechtsstaat und die dem vielfach entgegengesetzte Politik im Detail !

Der Bürger hat diese janusköpfige Politik satt ! Das Wahlergebnis war deshalb nicht anders zu erwarten bei so viel Bürger-Benachteiligung wie beim Altanschießerproblem, -Täuschung wie beim Tegel-Offenhaltungs-Volksentscheid, -Austricksen wie beim Nachtflugverbot in Schönefeld und damit -Enttäuschungen, z.B. auch über die Zentrale-Orte-Gliederung, die gescheiterte Kreisreform, die Maaßen-Affaire, das Diesel-Desaster !

Dabei traf es die SPD stärker als die CDU, weil sie in den Ländern Berlin und Brandenburg die Partei des Regierungschefs ist und dazu noch im Bund der GroKo angehört, wenn man mal die Region Berlin-Brandenburg im Blick hat.

Die Grünen sind zwar bezüglich ihres Stimmenzuwachses Europawahl-Gewinner, jedoch im Land Brandenburg überholte die AfD selbst die Grünen, deren Rolle als Oppositionspartei beim BER-SXF-TXL-MAWV-Komplex offenbar vielen Wählern noch nicht überzeugend genug war.

Und die Freien Wähler übersprangen nun erstmals die 5%-Marke, so daß bei den kommenden Landtagswahlen ihr Einzug in den Landtag in Fraktionsstärke erwartet wird.

Ja, es wird mehr Diskussionen geben als bisher, so daß das Wahlergebnis auch den Trend zu mehr Demokratie begründet und gleichzeitig die Nichtwahrnehmung der Regierungsverantwortung gemäß den Maximen eines demokratischen Rechtsstaates vom Wähler bestraft wurde.



i.A. Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,  
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

A n l a g e n :

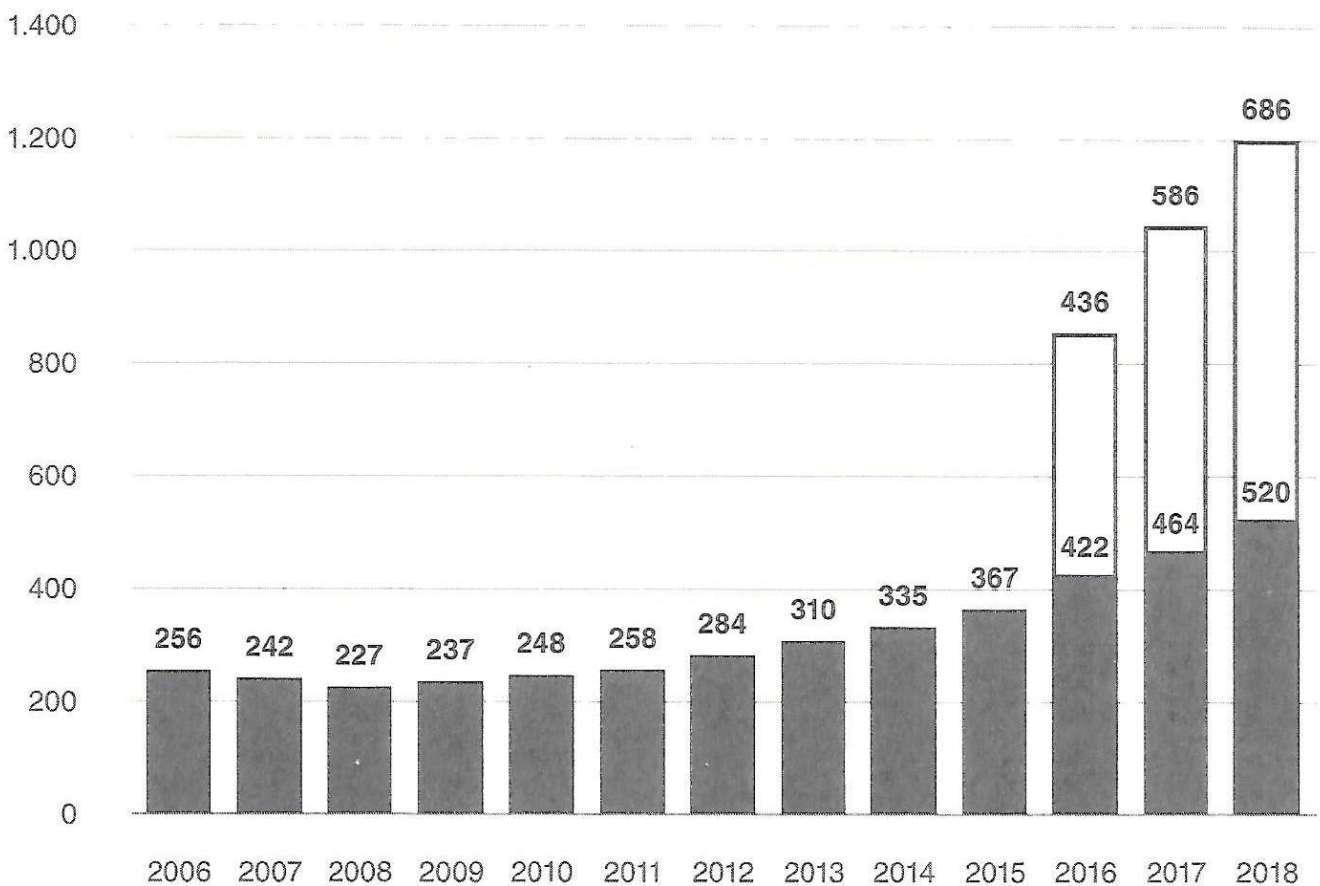
- Anl. 1: Auszug aus dem ASB-Magazin 1/2018 zum andauernden Anstieg der Obdachlosigkeit entgegen Art.1 GG mit Kommentar
- Anl. 2: Beitrag "Von Mühe bis Mattheuer. 50 Jahre Kunsthalle Rostock", MAZ 20.Mai 2019, S.10, zur zeitweiligen Ablehnung von "DDR-Kunst" entgegen Art.5 GG
- Anl. 3; Der Abstieg der Volksparteien, Ergebnisse der Europawahlen in Deutschland, MAZ 27.Mai 2019, S.4

"R e i c h e s D e u t s c h l a n d !" ??????????

Immer mehr Bürger werden obdachlos. Ist das der Wille des Souveräns, des Volkes, denn Demokratie bedeutet doch Volksherrschaft ? Welche politische Gruppierung schafft dagegen Abhilfe über einen Volksentscheid ? Denn nicht nur Bienen leiden, sondern auch Mitbürger , die zu arm sind ! (Anl.)  
Ihr Otto Normalverbraucher

## Zahlen & Fakten

Schätzung und Prognose der Zahl der Wohnungslosen  
2006 bis 2018 (in Tausend)\*



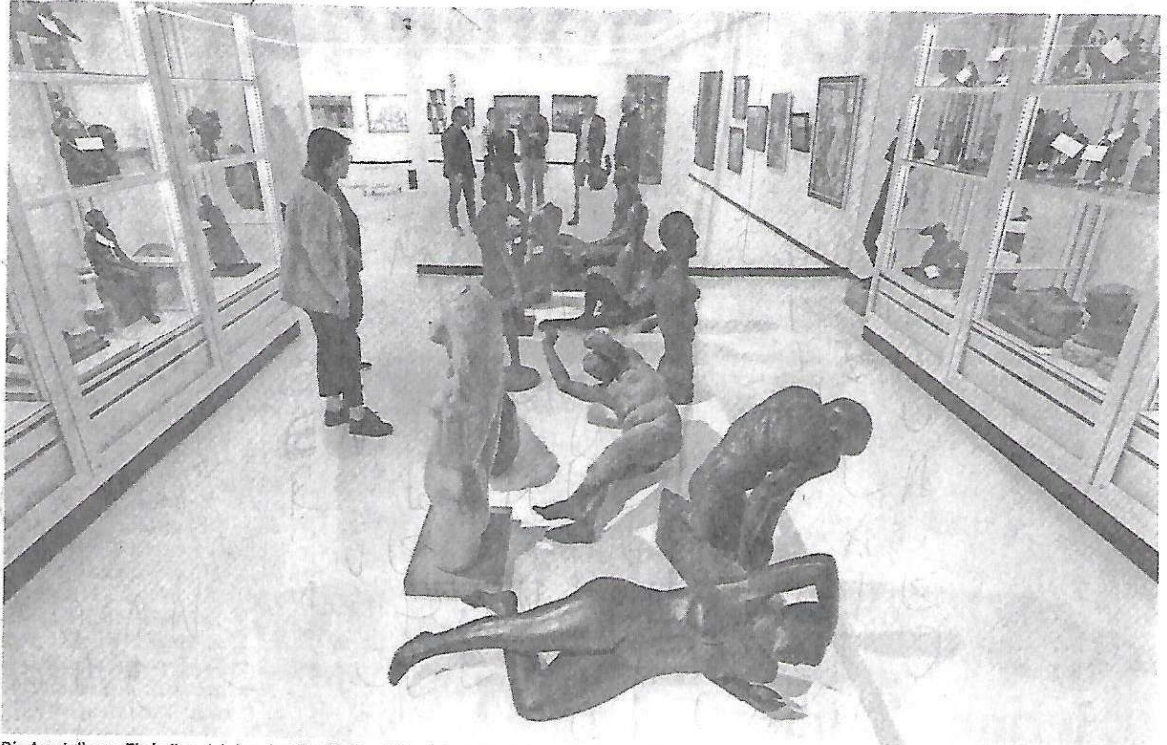
\* ab 2016 inkl. der Schätzung der Zahl anerkannter wohnungsloser Flüchtlinge

860.000 Menschen waren 2016 in Deutschland wohnungslos.

Die Prognose: Bis Ende 2018 wird die Zahl auf 1,2 Millionen steigen.



MAZ 20. Mai 2019, S. 10



Die Ausstellung „Ein halbes Jahrhundert für die Kunst“ begleitet das Jubiläum der Rostocker Kunsthalle.

FOTO: BERND WÜSTNECK/DPA

## Von Mühe bis Mattheuer: 50 Jahre Kunsthalle Rostock

Museum in der Hansestadt blickt mit einer großen Jubiläumsausstellung auf das halbe Jahrhundert seines Bestehens zurück

Von Thorsten Czarkowski

**Rostock.** Ein 50. Geburtstags-sollrichtig gefeiert werden. Im Mittelpunkt des Interesses steht jetzt die Ausstellung „Ein halbes Jahrhundert für die Kunst“, die derzeit im Schaudépot der Kunsthalle Rostock zu sehen ist. „Es war gar nicht so einfach, eine Entscheidung zu treffen, welche Werke Beachtung finden sollen“, sagt Museologin Heike Heilmann über den Auswahlprozess im Vorfeld. Denn die Sammlung der Kunsthalle umfasst inzwischen 620 Gemälde, rund 8000 Grafiken und 230 Plastiken.

Die Schau präsentiert viele Schätze, die sich im Besitz der Kunsthalle befinden. Die Ausstellung ist in fünf Dekaden gegliedert und zeigt ausgewählte Kunstwerke und auch Katalog- und Plakatproduktionen. Die Retrospektive bietet stilistische Vielfalt. Unter den Künstlern, die hier ausgestellt werden, sind große Namen wie Andreas Mühe, Günther Uecker oder Wolfgang Mattheuer. Auch die Altvorreden wie Egon Tschirch oder Kate Dien-Bitt sind mit ihren Werken präsent. Und: „Wir zeigen bei Führungen im Grafikdepot zusätzlich die Erstkäufe“, so Heike Heilmann.

Wie gemacht für eine solch umfassende Rückschau ist das neue Schaudépot der Kunsthalle, das seit Oktober 2018 fertiggestellt ist. Damit hat die Kunsthalle neue Mög-

lichkeiten der Präsentation, es ist eine Art öffentliches Archiv. „Das Schaudépot wurde bereits in den 1960er-Jahren geplant“, erklärt Michaela Sellig, Leiterin des Amtes für Kultur, Denkmalpflege und Museen, die Vorgeschichte des Hauses. Die Vision wurde aber erst jetzt wahr.

So präsentiert sich die neue Schau nicht mit künstlerischen Schwerpunkten, sondern wie ein Rückblick. Und nicht nur Erfolge, sondern auch Brüche in der Geschichte werden in der Ausstellung dargestellt. Auf eine bewegte Geschichte kann die Kunsthalle seit dem 15. Mai 1969 zurückschauen. Als einziger Museumsneubau der DDR erlangte die Halle im Ostseeraum bereits in den ersten beiden Jahrzehnten ihres Bestehens besondere Bedeutung. „Von Beginn an war die Kunsthalle international

orientiert“, sagt Kurator Ulrich Ptak. Er ist bereits seit den Siebzigern im Hause. „Die legendären Biennalen der Ostseeländer waren in den Zeiten des Kalten Krieges die einzigen periodisch stattfindenden Ausstellungen der DDR mit Kunst aus dem Westen“, erinnert sich Ptak.

Die international orientierte Tradition wurde nach der Wende verstärkt fortgesetzt. Die ausstellenden Künstler kamen dann unter anderem aus China, Frankreich, Großbritannien oder Japan. In guter Erinnerung ist den Kunsthallenbesuchern noch die Schau mit dem Künstlerduo Christo und Jeanne-Claude geblieben. Natürlich waren auch namhafte deutsche Künstler wie Andreas Mühe, Norbert Bisky oder Günther Uecker unter den Ausstellenden. Und zunehmend trat die Kunst aus der DDR wieder auf den Plan. In „viel diskutierten

Ausstellungen“, wie Kunsthallenleiter Jörg-Uwe Neumann sagt, kamen die Werke von Werner Tübke, Wolfgang Mattheuer oder Willi Sitte wieder in Rostock an die Wände.

Denn der wichtigste Zeitpunkt in der Geschichte der Kunsthalle war die Wende von 1989/90, als die DDR-Kunst obsolet zu werden schien und die Kunsthalle ihr Profil neu finden und bestimmen musste. „Inzwischen wird die DDR-Kunst neu gesehen und auch neu bewertet“, wie Neumann sagt, die Kunsthalle trägt dazu bei. Auch das Engagement für die regionale Kunst ist ein Teil des Profils, dafür sprechen Ausstellungen mit Armin Münch, Udo Rathke oder der Künstlergruppe Schaun.

Dabei ist in einem entscheidenden Punkt das Geld knapp. „Wir haben keinen nennenswerten Sammlungsankaufset“, erklärt Jörg-Uwe Neumann, derzeit sind es lediglich 5000 Euro. So ist die Kunsthalle immer auf die Unterstützung von Kunstfreunden, Sponsoren und Mäzenen angewiesen. Das neue Schaudépot ist jedenfalls eine Investition in die Zukunft, der Bau vom Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ mit vier Millionen Euro gefördert.

**Info** „Ein halbes Jahrhundert für die Kunst“, Kunsthalle Rostock, bis 27. Oktober. Eintritt: 6 Euro, ermäßigt 4 Euro.

### 50 Jahre Kunsthalle Rostock

**Die Kunsthalle Rostock** wurde am 15. Mai 1969 eröffnet. Die ersten Planungen für ein Haus, das sich zeitgenössischer Kunst widmen sollte, gab es 1955.

**Bevor das Haus am Schwanenteich** gebaut

wurde, musste die dortige Luther-Kirche abgerissen werden.

**Auf den ersten Leiter** Horst Zimmermann folgte Klaus Tiedemann. Ihm folgte 1988 Luise Hartmann. Sie brachte das Haus durch die Zeit

der politischen Wende von 1989.

**2009 übernahm** der Verein Pro Kunsthalle das Haus - mit einem Betreibermodell, in dem ein privater Verein ein von der Kommune getragenes Museum leitet.

